GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

# Gender Gap. Repräsentation von Frauen und Gender-Themen bei den US-Präsidentschaftswahlen 2008 :

**Lemke, Christiane**

**2008**

**https://doi.org/10.25595/1733**

**Veröffentlichungsversion / published version**
**Zeitschriftenartikel / journal article**

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Lemke, Christiane: *Gender Gap. Repräsentation von Frauen und Gender-Themen bei den US-Präsidentschaftswahlen 2008 :* , in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 17 (2008) Nr: 2, 65-78. DOI: https://doi.org/10.25595/1733.

**Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.**

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

# Gender Gap: Repräsentation von Frauen und Gender-Themen bei den US-Präsidentschaftswahlen 2008

CHRISTIANE LEMKE

Erstmals in der Geschichte der Vereinigten Staaten konnte mit Hillary Clinton im Jahr 2008 eine Frau in den Vorwahlen zur US-Präsidentschaft große Erfolge erzielen. Als Senatorin des bevölkerungsreichen Bundesstaates New York hat sie, im Anschluss an ihre Zeit als „First Lady" im Weißen Haus, umfangreiche politische Erfahrungen im US-Senat erwerben können, und sie gilt allgemein als erfahrene und durchsetzungsfähige Politikerin.[1] Ihre Kandidatur mit der Aussicht, endlich auch eine Frau im höchsten politischen Amt der Vereinigten Staaten repräsentiert zu sehen, löste daher bei Frauenrechtlerinnen, Politikerinnen und Frauenlobbys hohe Erwartungen aus, zumal die Zeichen nach den acht Regierungsjahren von G.W. Bush auf gesellschaftliche Erneuerung stehen.

Trotz ihrer Niederlage im Vorwahlkampf für die Partei der Demokraten, den Barack Obama im Juni 2008 schließlich mit mehr Delegiertenstimmen für sich entscheiden konnte, ist die Kandidatur Hillary Clintons als ein historischer Moment zu werten, denn selbst angesichts einer, in den Vereinigten Staaten sogar leicht zugunsten von Frauen erhöhten, gleichberechtigten Wahlbeteiligung, ist die Repräsentanz von Frauen in politischen Führungspositionen immer noch deutlich geringer als die der Männer. In vergleichender Perspektive fällt sogar auf, dass Frauen inzwischen in repräsentativen Demokratien mit Mehrparteiensystemen häufiger im Parlament und in Regierungsfunktionen vertreten sind, als in liberalen Demokratien, wie den USA. Kritisch wird daher nachgefragt, ob das pluralistisch-liberale System für die Forderung nach gleicher Repräsentation von Frauen Nachteile birgt; oder, zugespitzt formuliert, ob der politische Liberalismus bei der Frage der gleichberechtigten Repräsentanz von Frauen in der Politik versagt hat (vgl. z.B. Klausen/Maier 2001)?

Die geringere Repräsentanz von Frauen in der amerikanischen Politik ist, wie in anderen westlichen Ländern, eine Herausforderung für die Legitimation des demokratischen politischen Systems, da sie heute nicht mehr als politisch legitim erachtet wird. So lässt sich beispielsweise kaum überprüfen, inwiefern sich die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen auch auf politische Präferenzen, konkrete Projekte und Politikstile auswirken, und welche Rolle die Geschlechterzugehörigkeit im politischen Prozess spielt.

Im Folgenden wird untersucht, in welcher Form Frauen in der amerikanischen Politik heute präsent sind und welche Rolle Gender-Themen im politischen Diskurs einnehmen. Ausgangsthese ist, dass die politische Repräsentanz von Frauen auf der politischen Ebene nur einer von mehreren Indikatoren für die politischen Aktivitäten in pluralistisch-liberalen Systemen ist. Denn politikwissenschaftlich betrachtet ist nicht

nur entscheidend, wie stark Frauen in politischen Ämtern repräsentiert sind, sondern auch, welche Anerkennung ihre Forderungen und Vorstellungen erlangen, und ob es zu einer Umverteilung von Macht und Ressourcen kommt, ein Zusammenhang, der in der Gender-Forschung analytisch mit den drei Begriffen representation, recognition, redistribution beschrieben wird (Fraser 1997; Fraser/Honneth 2003).
Konzeptionell ist dabei zunächst die Frage zu stellen, welche Bedeutung die Kategorie Gender für die Analyse von Politik einnimmt. Anders formuliert geht es um die Frage, inwiefern die individuell bestimmte Geschlechtszugehörigkeit eine Gruppenidentität begründet, die im politischen Raum relevant wird, und welche Zusammenhänge für eine stärkere Berücksichtigung von Gender im politischen Prozess bestehen. Gerade in der amerikanischen Gesellschaft ist die Situation von Frauen äußerst vielschichtig; die Geschlechtervariable bietet daher einen ersten Zugriff zum Verständnis politischer Repräsentation, kann jedoch nicht die Gesamtheit politischer Aktivitäten erfassen. Vielmehr weisen amerikanische Studien darauf hin, dass auch nach mehreren Jahren empirischer Gender-Forschung immer noch ein Defizit an Erkenntnissen über die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen für politische Institutionen sowie die politische Aktivität von Frauen in der heterogenen, von verschiedenen ethnischen und regionalen Identitäten charakterisierten amerikanischen Gesellschaft zu konstatieren ist (vgl. Burns 2002).
In der neueren Forschung wird die Vielschichtigkeit von Geschlechterverhältnissen konzeptionell mit dem Begriff Intersektionalität (intersectionality) umschrieben; d. h. die strukturierende Zugehörigkeit zu Gender wird in ihrer variablen und kontingenten Bedeutung verschiedener sozialer Gruppen begriffen, um politische Repräsentation und Repräsentierungen von Geschlechterfragen empirisch und theoretisch zu erfassen.[2] Nancy Burns (2002) schreibt hierzu, dass sich die amerikanische Politikwissenschaft erst in jüngerer Zeit systematisch dieser Problematik, die sie als besonders fruchtbares Forschungsfeld bezeichnet, angenommen habe. Gender bezeichnet dabei nicht individuelle, sondern Gruppenidentität, welche eine Ebene der Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen bestimmt. Vor allem aus vergleichender Perspektive, d. h. mit Blick auf die Spezifika des amerikanischen politischen Systems, ist die Analyse von Repräsentanz und Repräsentation von Gender in der amerikanischen Politik vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahlen von großem Interesse.

## Gender Gap – Konzept und Bedeutung

Empirisch relativ gut erforscht ist der Gender Gap, welcher in der amerikanischen Politikanalyse Unterschiede von Frauen und Männern im Wahlverhalten sowie bei politischen Präferenzen in Sachfragen bezeichnet. Seit geraumer Zeit ist beispielsweise bekannt, dass sich das Wahlverhalten entlang geschlechtsspezifischer Determinanten unterscheidet. Bereits Anfang der 1980er Jahre hatte die Politikwissenschaftlerin Ethel Klein (1984) über einen Gender Gap im politischen Verhalten berichtet. Seit Beginn der 1980er Jahre lässt sich so bei Präsidentschaftswahlen beobachten, dass im Durchschnitt mehr Frauen als Männer Kandidaten der Demokraten wählen

(vgl. auch Kinzig 2007, 231f.). Wie Pamela Conover (1988) argumentiert, ist diese Verschiebung auf ein verändertes politisches Verhalten von Frauen zurückzuführen; die Präferenz für die Demokraten ist nicht allein aus der Geschlechteridentität zu erklären, sondern aus einem gewachsenen gesellschaftlichen Engagement von Frauen; demokratische Werte (civic values) und Genderidentität in der Politik waren danach eng miteinander verknüpft. Neuere Studien zeigen außerdem, dass sich Frauen in den vergangenen zwei Jahrzehnten häufiger für die Präsidentschaftswahlen registriert haben und ihre Wahlbeteiligung stets höher war, als die der Männer. Im Wahljahr 2000 waren rund 68,7 Millionen Frauen, aber nur 59,4 Millionen Männer für die Wahlen registriert; die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen betrug 56,2 Prozent bei Frauen und 53,1 Prozent bei Männern.[3]

Nach einem Bericht des *Center for American Women and Politics* (CAWP) an der Rutgers University in New Jersey betrug der Unterschied zwischen Frauen und Männern bei der Unterstützung des Wahlsiegers im Zeitraum von 1980 bis 2004 durchschnittlich sieben Prozent. Dabei zeigte sich ein eindeutiges Muster, nach dem Frauen ihre Stimmen mehrheitlich für die Demokraten abgaben. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 stimmten beispielsweise zehn Prozent mehr Männer als Frauen für den Wahlsieger G. W. Bush (53% der Männer; 43% der Frauen). In der Wahl 2000 hatte der politische Druck der konservativen und religiösen Rechten besonders bei politisch aktiven Frauen für eine engagierte Unterstützung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten gesorgt, da die konservative Agenda, vor allem die Aussicht auf eine Verschärfung der legalen Abtreibungsregelung und die geplante Privatisierung der Sozialversicherung, Frauen in erheblichem Umfang mobilisierte. Bei den Wahlen im Jahr 2004 verringert sich der Gender Gap zwar auf sieben Prozent (55% der Männer und 48% der Frauen stimmten für Bush). Aber selbst bei dieser Wahl bestätigte sich die Präferenz von Frauen für die Demokraten, allerdings nicht in allen Schichten.[28] Die Präferenz ist deutlicher bei den nicht-weißen Frauen ausgeprägt, als bei weißen Frauen; während Al Gore im Jahr 2000 58% der Stimmen weißer Frauen erhielt, wählten 2004 nur 44% aller Frauen John Kerry (allerdings stimmten auch nur 24%-30% der nicht-weißen Frauen für G. W. Bush). Im Wahljahr 2004, d.h. nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, galten Frauen als „cross-pressured", d. h. im Widerstreit zwischen Sicherheitsinteressen und sozialer Agenda entschieden sich mehr Frauen aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus für die Republikaner (vgl. Lemke 2004, 72f.). Bereits in den Zwischenwahlen zum Senat und zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2006 bestätigte sich aber der deutliche Gender Gap, und es kam damit zu einem Machtwechsel; die Demokraten verdankten ihren Wahlsieg vor allem den weiblichen Wählern, die mit ihrer Stimmabgabe den Demokraten Mehrheiten in beiden Häusern verschafft hatten.

Frauen gelten auch im Wahljahr 2008 als wichtiger Wählerblock für die Partei der Demokraten. In ihrer Wahlkampagne setzte Hillary Clinton daher gezielt auf die women's vote, also die Unterstützung von Frauen – eine Strategie, die sich auch partiell als erfolgreich erwies. Allerdings erhielt sie vor allem Unterstützung von älteren

Frauen (über 65 Jahre), während jüngere Wählerinnen, ebenso wie die männlichen Wähler, mehrheitlich für ihren demokratischen Gegenkandidaten, Barack Obama, stimmten. Nachdem Clinton ihre Kandidatur zurückgezogen hatte, zeigte sich nach Gallup-Umfragen auch eine klare Präferenz von Frauen für Obama gegenüber McCain.[5]

Der Hauptgrund für die Präferenz von Frauen für Kandidaten der Demokraten liegt in der Geschichte dieser Partei, insbesondere ihrer Entwicklung seit den späten 1960er Jahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Parteien in der amerikanischen Politik keine Programmparteien wie in europäischen Ländern sind, sondern Sammelbecken unterschiedlicher politischer Strömungen, die jeweils zu Wahlbündnissen zusammengeschmiedet werden. Mit ihrer eher liberalen Tradition haben die Demokraten insbesondere für die neue Frauenbewegung ein attraktives politisches Milieu geboten, und sie haben sich beispielsweise frühzeitig für die Chancengleichheit im Beruf ausgesprochen.[6] Auch die Unterstützung der liberalen Regelung zum Schwangerschaftsabbruch hat den Demokraten die Stimmen von Frauen gesichert. Hinzu kommen Themen wie der Ausbau der Gesundheitsreform, Absicherung der staatlichen Altersversorgung (social security), sowie Qualifizierung mit Kinderbetreuung, die für Wählerinnen der Demokraten zentrale Anliegen waren. Anders als in europäischen Ländern, in denen Parteien über verschiedenen Formen der Quotenregelungen für eine Erhöhung des Frauenanteils in Wahl-Ämtern und Parteifunktionen sorgten, bleiben solcherart gezielte Steuerungsmechanismen in den Vereinigten Staaten aber aus (vgl. insbes. Klausen/Maier 2001).

Die relative „Offenheit" des politischen Systems mit der geringen Bedeutung organisierter, schlagkräftiger Parteien korrespondiert mit einer hohen Bedeutung von Interessen- und Lobbygruppen; die Unterstützung von Frauen in der Politik durch professionelle und gut organisierte Netzwerke zeigt eine Besonderheit des amerikanischen politischen Systems auf (vgl. Nelson/Carver 1994). Während die Parteien, anders als im europäischen Kontext, Zusammenschlüsse zur Organisation von Wahlen sind, die jeweils ihre Kandidaten unterstützen und über die Nominierung für die Präsidentschaftswahlen beschließen, hängen Profilierung der Kandidaten, Wahlkampagnen und Wahlerfolge von einer Vielzahl von Lobby- und Interessengruppen, ehrenamtlichen Wahlhelfern, sowie den Wahlkampfspenden von Individuen und Organisationen ab. Das System ist dadurch offener und bietet einerseits, einer pluralistischen Tradition entsprechend, mehr Chancen für die Partizipation verschiedenster Gruppen der Gesellschaft; es ist andererseits aber auch geschlossener, da abhängig von konkreter Finanzierung und Wahlkampfunterstützung.

Da politische Steuerungsinstrumente über Quoten in Parteien und Wahl-Ämtern dem liberalen Bürgerschaftsmodell widersprechen, ist gezielte Lobby- und Interessengruppenarbeit der entscheidende Weg, um die Repräsentanz von Frauen in politischen Führungspositionen zu erhöhen. So hat die Repräsentanz von Frauen im Senat und im Abgeordnetenhaus stetig zugenommen. Von den 100 Mitgliedern im US-Senat sind heute 16 Frauen (11 Demokraten und 5 Republikaner), darunter national be-

kannte Politikerinnen. Von den 435 Mitgliedern im US-Repräsentantenhaus sind 70 Frauen (50 Demokraten und 20 Republikaner).[7] Diese Politikerinnen vertreten mit ihren Auffassungen ein breites politisches Spektrum, sie gehören professionellen Berufsvereinigungen und gesellschaftlichen Netzwerken an, und sie engagieren sich für die Qualifizierung anderer Frauen für politische Ämter. Sie sind keinesfalls nur mit „weichen" oder sozialen politischen Themen befasst, sondern häufig auch mit Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsfragen. Zugleich hat die Akzeptanz von Frauen in der Politik deutlich zugenommen.[8]

Auch Hillary Clinton verdankt ihre Popularität der gestiegenen Akzeptanz von Frauen in politischen Führungspositionen sowie einem aktiven und gut organisierten Frauen-Netzwerk. Nicht nur prominente Politikerinnen und Journalistinnen unterstützten ihren Wahlkampf; auch die einflussreiche Frauenlobbyorganisation „Emily´s List" hat die Kandidatur Clintons unterstützt. Der Name „Emily´s List" steht für den bezeichnenden Slogan „Early Money Is Like Yeast" (Frühzeitige Geldmittel wirken wie Hefe).[9] Wie die Organisation aus einer Auftragsforschungsstudie berichtet, sei bei der Präsidentschaftswahl für die befragten Frauen allerdings nicht das Geschlecht einer Kandidatin ausschlaggebend, sondern ihre politische Erfahrung, Professionalität und Durchsetzungsfähigkeit.

Trotz allgemein gestiegener Akzeptanz von Frauen in politischen Führungspositionen bleibt die Medienberichterstattung allerdings nicht frei von Geschlechterstereotypen (vgl. Niggemeier 2008). Die mediale Inszenierung der Kandidaten, in der jedes persönliche Detail, Kleidung, Habitus, Mimik und Gestik eine Rolle spielt, wurde durch eine „Biologie der Bilder" überlagert, und die Konkurrenz der beiden Hauptkandidaten im demokratischen Feld im geschlechtertypischen Kontrast konturiert. Eine Kommentatorin bemerkt hierzu kritisch: „In dem Maße, in dem die Wahlkampfrhetorik die Geschlechterdifferenz als Argument ins Feld führt, unterstellt man der Kandidatin Exaltiertheit, Hysterie, übersteigerte Emotionalität – und die Waffen einer Frau. Gegen die Männerfantasie der übermächtigen, sich exotischer Mittel und Zaubertränke bedienenden Verführerin (…) hilft einzig der Gegenentwurf, die rasende Megäre, helfen Bilder: Hillary mit weit aufgerissenem Mund und Spiegeleieraugen, den rechten Zeigefinger in den Hexenkessel von New Hampshire bohrend." (Lemke-Matwey 2008, 21) Inwieweit die Geschlechterstereotypen schließlich zur Wahlniederlage von Hillary Clinton beigetragen haben, ist allerdings heftig umstritten. Während der Vorsitzende der Partei der Demokraten, Howard Dean, die sexistische Berichterstattung zum Nachteil Clintons heftig kritisierte, wiesen Medienexperten eine pauschale Kritik an unfairer sexistischer Berichterstattung zurück; einige extreme Beispiele aus den Privatsendern seien aufgebauscht worden, und der Vorwurf des Sexismus diene dazu, eigene Fehler in der Wahlkampagne zu überdecken (vgl. Seelye/Bosman 2008).

Analysiert man den Vorwahlverlauf, dann spricht in der Tat wenig dafür, dass Hillary Clinton die Vorwahl aufgrund des Sexismus in den Medien verloren hat; sie galt lange Zeit als klare Favoritin in den Medien, und die Berichterstattung erfolgte ent-

sprechend positiv und unterstützend. Ihre Nähe zum alten Establishment, fehlende Unterstützung bei jüngeren Wählerinnen und Wählern sowie Fehler im Wahlkampf ließen die Chancen für die Nominierung schließlich schwinden; insbesondere gelang es ihr nicht, Frauen mittleren und jüngeren Alters für sich zu gewinnen.

## Frauenbewegung, Gegenbewegung und die heutige Polarisierung

Die Präferenz von Frauen für die Demokraten basiert Untersuchungen zufolge nicht primär auf der Geschlechterzugehörigkeit, sondern ergibt sich aus ihrer Positionierung in der Gesellschaft, d. h. Frauen wählen die Demokraten nicht per se weil sie Frauen sind, sondern weil ihre politischen Themen, ihre Forderungen nach sozialer Absicherung und Chancengleichheit, historisch im Feld der Demokraten verankert wurden, ein Umstand, der vor allem auf die neue Frauenbewegung zurückzuführen ist (Nelson/Carver 1994).[10] Zu den Besonderheiten der amerikanischen Frauenbewegung gehört dabei, dass sie sich nahezu zeitgleich mit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung herausbildete. Eine culture of rights, d. h. der Bezug auf verfassungsmäßig garantierte Rechte und Freiheiten, auf die sich die afroamerikanische Minderheit bei ihrem Kampf um Gleichberechtigung beziehen konnte, wurde auch von der Frauenbewegung aufgegriffen und weiterverfolgt. Die amerikanische Frauenbewegung konnte in den Folgejahren an dem durch die Bürgerrechtsbewegung erkämpften Grundsatz der Chancengleichheit historisch benachteiligter Gruppen anknüpfen und insbesondere im Bildungs- und Beschäftigungsbereich Verbesserungen durchsetzen (vgl. von Wahl 1999). Für die Bundesrepublik wurde die amerikanische Frauenbewegung in den 1970er und 1980er Jahren daher zu einer wichtiger Referenzbewegung, auch wenn sich Politikstrategien und -inhalte deutlich vom amerikanischen Vorbild unterscheiden (vgl. insbesondere Marx Feree 1987).

Allerdings hat sich das frauenpolitische Feld in den Vereinigten Staaten in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich verändert, und die gegenwärtige politische Polarisierung verweist auf neue Konflikt- und Diskursstrukturen. Vor allem ist hier die konservative Gegenbewegung gegen die Neudefinition von Geschlechterbeziehungen mit religiös fundierten Argumenten zu nennen, die für die republikanische Partei eintritt. In ihrer richtungsweisenden Studie zeigten die Politikwissenschaftlerinnen Pamela Conover und Virgina Grey (1983), wie sich bereits Anfang der 1980er Jahre, d. h. während der Amtszeit von Ronald Reagan, eine Frauenbewegung formierte, die eng mit der religiösen Rechten und sozialkonservativen Strömungen in der amerikanischen Gesellschaft verbunden war. Family values fanden vor allem bei den konservativen und religiösen Wählern Unterstützung, die den Zerfall von Familien für eine Reihe sozialer Probleme verantwortlich machten, von der steigenden Zahl von Schwangerschaften unter Teenagern, über Drogen- und Schulprobleme, bis hin zur Gewalt in Städten. Die Forderung der neuen Frauenbewegung, einen Zusatz zur Gleichberechtigung in die amerikanische Verfassung aufzunehmen (Equal Rights Amendment) wurde von Gruppen der konservativen Frauenbewegung beispielsweise ebenso heftig bekämpft – und schließlich zu Fall gebracht (Mansbridge 1986) – wie

die in der liberalen Tradition argumentierende Befürwortung einer weltoffenen und toleranten Erziehung. Über die genauen Mitgliederzahlen dieser Organisationen liegen nur ungefähre Schätzungen vor, und über ihren Einfluss auf die republikanische Administration wird weiter kontrovers diskutiert. In vielen Bundesstaaten, vor allem im Mittleren Westen und im Süden der Vereinigten Staaten, hat der Einfluss konservativer und fundamentalistischer Gruppen im Schul- und Erziehungsbereich stetig zugenommen, wo sie beispielsweise gegen die Sexualaufklärung und die Lehre von der Evolution in Schulen agitieren. Auch die Auseinandersetzung über gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, die in vielen Bundesstaaten gesetzlich verboten sind, zeigt den Einfluss religiös-fundamentalischer Gruppen.[11] Frauen, insbesondere weiße Frauen der Mittelschicht, spielen bei den Evangelikalen eine wichtige Rolle, die schätzungsweise ein Viertel aller Wähler ausmachen (vgl. Green 2007).[12] Für die Wahl 2008 stellen sie daher für die Republikaner eine wichtige Mobilisierungsbasis dar.

Aber auch im liberalen politischen Feld haben sich im Vergleich zu den Erfolgsjahren der neuen Frauenbewegung Veränderungen vollzogen. So konnten bei den Demokraten Frauen Einfluss erlangen, die politisch eher „harte" Positionen in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit und bezüglich fiskalpolitischer Konzepte vertreten. Diese neue Politikerinnen-Generation verfügt über breite Kenntnisse in politischen Sachfragen; oft wird ihnen die Fähigkeit zugeschrieben, die Sanierung öffentlicher Haushalte durchzusetzen, Korruption zu bekämpfen und eine bessere Finanzpolitik zu betreiben („do the balance on the check book"). In der Öffentlichkeit verkörpern sie den durchsetzungsfähigen Typus einer Politikerin, die ihre Wählerbasis nicht allein bei Frauen findet, sondern aufgrund ihrer Qualifikationen in harten Themenfelder und ihres professionellen Habitus auch bei Männern Unterstützung gewinnen kann. Politikerinnen der „Mitte", zu denen auch Hillary Clinton gehört, sind häufig zwar indirekt von der Frauenbewegung beeinflusst, indem Gedanken der Gleichberechtigung Frauenbiografien mit ihren Bildungs- und Berufsentscheidungen geprägt haben; aber sie bewegen sich eher im Mainstream der Politik.

Selbst in den eher konservativ geprägten Südstaaten konnten in den vergangenen Jahren vermehrt Frauen höhere politische Ämter übernehmen. Politikerinnen, wie Ann Richards in Texas, Blanche Lincoln in Arkansas, Inez Tenenbaum in South Carolina, Kathleen Blanco in Louisiana, die eher dem konservativen Feld der demokratischen Partei zuzurechnen sind, konnten sich vor allem auf einzelstaatlicher Ebene, bei den Gouverneurs- oder Senatswahlen, erfolgreich gegen republikanische Kandidaten durchsetzen, so dass das Feld der Demokraten heute nicht nur von progressiven, sondern auch von moderaten und konservativen Politikerinnen geprägt wird. Wirtschaftsaufschwung und zunehmende Mobilität, höhere Bildung und ein Aufbrechen traditioneller Trennungslinien zwischen öffentlichem und privatem Bereich, welche für den „neuen Süden" charakteristisch sind, eröffneten vermehrt auch Frauen die Chance, für öffentliche Ämter zu kandidieren und politische Funktionen wahrzuneh-

men.[13] Im Süden werden Frauen häufig auch von Wählern unterstützt, die sich als Unabhängige bezeichnen; ihr Anteil ist in diesen Staaten besonders hoch.

## Gender-Themen und soziale Fragen

Meinungsumfragen zufolge lassen sich bei politischen Kernthemen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen; so sind Frauen eher geneigt, eine aktive staatliche Politik (activist role of government) zu befürworten, militärische Interventionen abzulehnen, häufiger Gesundheits- und sozialpolitische Programme zu unterstützen, Einschränkungen im Waffenrecht zu befürworten und die Konzepte einer aktiven Gleichstellungspolitik (affirmative action) zu unterstützen.[14]
Dass eine aktive staatliche Sozialpolitik mit entsprechenden Umverteilungen besonders von Frauen favorisiert wird, hängt nicht nur mit der in vielen Bevölkerungsschichten prekären sozialen Situation zusammen, in der sich besonders Frauen mit mehreren Kindern, afroamerikanische Frauen und allein erziehende sowie ältere Frauen befinden. Vielmehr reicht das Eintreten von Frauen für eine aktive staatliche Sozialpolitik historisch weit zurück. Studien zur Geschichte der amerikanischen Sozialpolitik zeigen, dass erste Gesetzesinitiativen von politisch aktiven Frauen eingebracht wurden, die dem Progressivismus, einer sozialreformerischen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, angehörten und es als ihre bürgerrechtliche Verantwortung ansahen, die Lage von Frauen zu verbessern (Scott 1992; Weir/Orloff/Skocpol 1988). Redistribution bzw. die Umverteilung von einzel- und bundesstaatlichen Ressourcen ist bereits seit Beginn des vorigen Jahrhunderts ein von Frauen professionell und politisch geprägtes Feld.
Aufgrund besserer Ausbildungs- und Beschäftigungschancen, aber auch durch den vor allem in den letzten Jahren gestiegenen ökonomischen Druck, den Lebensstandard zu halten, ist der Anteil beschäftigter Frauen in den Vereinigten Staaten kontinuierlich gestiegen. Bereits 1985 gingen nach OECD-Angaben rund 64% der 15 bis 64 Jahre alten Frauen einer bezahlten Beschäftigung nach (1960: 42,6%). Das für die 1950er Jahre noch charakteristische Idealbild, bei dem Frauen wegen der Kindererziehung ihre Beschäftigung unterbrechen, ist fast völlig verschwunden. Heute gehen drei Viertel der Frauen im arbeitsfähigen Alter einer bezahlten Beschäftigung nach (Schneider-Sliwa 2007). Trotz einer gezielten affirmativ action-Politik kommt es jedoch nach wie vor zu Diskriminierungen im Berufsleben. So verdienen Frauen beispielsweise in vergleichbarer Beschäftigung nach wie vor rund ein Drittel weniger als Männer. Tatsächlich beträgt der Prozentsatz des Frauenlohns heute – wie Mitte der 1950er Jahre – immer noch 63 Prozent des Männerlohns (63 Cents von 1 Dollar). Auch subtile Formen der Diskriminierung sind noch verbreitet. Inzwischen stehen Frauen jedoch eine Reihe von Möglichkeiten offen, das Recht auf Gleichbehandlung einzuklagen; Juristinnen, Gleichstellungsbeauftragte und einige Berufsorganisationen, in denen Frauen vertreten sind, haben sich auf die Einhaltung von Gleichberechtigungsgesetzen spezialisiert, und Rechtsklagen haben sich als relativ wirkungsvolle Instrumente erwiesen, da gleiche Berufschancen in der liberalen Tradition als Bür-

gerrecht gelten. Dieser rights-based approach, der auf dem Einklagen individueller Rechte beruht, hat daher vielfach zur Verbesserung der Berufssituation von Frauen geführt (vgl. von Wahl 1999). Parallel zu diesen Entwicklungen ist die Akzeptanz von Frauen in höheren und leitenden Funktionen in Wirtschaftsunternehmen, Medien und Hochschulen deutlich gestiegen, und sie liegt dort höher als in vielen europäischen Ländern, wie etwa in Deutschland. Mit dem wachsenden Anteil berufstätiger Frauen, besonders in qualifizierten Berufen, hat auch ihre Organisierung in politischen und professionellen Netzwerken sichtbar zugenommen.

Ungelöst bleibt jedoch das Problem der Feminisierung der Armut. Zwar sind Frauen in allen OECD-Ländern signifikant häufiger arm; das „liberale" Wohlfahrtsstaatsmodell der Vereinigten Staaten scheint trotz gestiegener Berufschancen jedoch besonders schlecht positioniert, um die Armut von Frauen abzubauen. Besonders brisant ist der Umstand, dass es Frauen häufig nicht vor Armut schützt, wenn sie einer bezahlten Beschäftigung nachgehen. Nach Daten des US-Zensus bringen allein ein Drittel der arbeitenden, allein erziehenden Mütter ein Einkommen nach Hause, welches unter der Armutsgrenze liegt. Bei den afroamerikanischen Frauen liegt dieser Anteil sogar bei über der Hälfte; fast zwei Drittel aller afroamerikanischen Kinder leben unterhalb der Armutsgrenze (vgl. Schneider-Schliwa 2007).

Besonders großer Reformbedarf besteht im Bereich der Gesundheitsversorgung, einem Kernthema der Präsidentschaftswahlen 2008. Sowohl Barack Obama als auch John McCain, die voraussichtlichen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und der Republikaner, setzen sich daher für eine Reform der Krankenversicherung ein, wobei die Vorstellungen von Obama, europäischen Modellen ähnlich, eine allgemeine Pflichtversicherung vorsehen, während McCain Steuererleichterungen für Krankenversicherung vorschlägt.[15] Bislang ist trotz etlicher Teilreformen keine allgemeine gesetzliche Krankenversicherung eingeführt worden, was beispielsweise zur Folge hat, dass etwa 47 Millionen aller Amerikaner keine oder nur unzureichende Krankenversicherung besitzen. Besonders prekär ist die Situation für die Mittelschicht geworden. Da sich Sozialleistungen dem amerikanischen Sozialstaatsmodell entsprechend auf die Armutsbekämpfung konzentrieren, sind die Unter- oder Nicht-Versicherten in den Vereinigten Staaten in erster Linie unter den niedrig bezahlt Beschäftigten bzw. in der unteren Mittelklasse zu finden, während in unmittelbaren Armutslagen staatliche Programme wie „Medicaid", und, für die ältere Bevölkerung, „Medicare", einen Mindeststandard an Absicherung bieten. Zwar hat sich die Situation für Frauen in den letzten dreißig Jahren im Bereich der Bildungs- und Berufschancen deutlich verbessert, aber da Frauen häufiger in gering bezahlten Beschäftigungsverhältnissen stehen, hat die Feminisierung der Armut nicht ab-, sondern tendenziell zugenommen (Schneider-Sliwa 2007) und ihre Krankenversicherung ist daher, trotz ihrer Berufsarbeit, häufig nicht gewährleistet.

## Gender-Themen, „Race“ und Ethnizität

Es ist nicht möglich, die Geschlechterproblematik in den Vereinigten Staaten ohne Bezug auf die enormen sozialen Differenzierungen entlang ethnischer Trennlinien zu betrachten. Aufgrund der Geschichte als Einwanderungsland ergibt sich gerade für die politische Repräsentation ein äußerst vielschichtiges Bild. Für das Jahr 2001 gab der US-Zensus zur Bevölkerungszusammensetzung nach ethnischen Merkmalen folgende Daten an: 80,7% Weiße, 12,7% Afroamerikaner, 1,0% Indianer, Eskimos, 4,0% Asiaten, Pazifische Inseln, 11,8% Hispanics (welche durch Sprache unterschieden werden und jeder „Rasse“ zugehören können); 68,9% wurden als Weiße nicht-Hispanics klassifiziert (vgl. Murswieck 2004, 599). Rasse und Ethnizität konstituieren überschneidende Identitäten in den Geschlechterverhältnissen, deren politische Dimensionen bis heute nicht erschöpfend erforscht sind.[16] Dabei hat die Selbstzuordnung zu mehr als einer Gruppe ständig zugenommen, eine Entwicklung, die gesellschaftlich beispielsweise in verschiedenen Hybrid-Kulturen ihren Ausdruck findet.

Die politische Partizipation von Frauen hat sich in den ethnischen Gruppen unterschiedlich entwickelt. Die längste Tradition haben politische Aktivitäten von weißen Mittelschichtfrauen in der institutionalisierten Politik; aber auch ihre vielfältigen zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen sind recht gut dokumentiert. Dies gilt in geringerem Umfang für amerikanische Ureinwohner und die Spanisch sprechende Minderheit. Über die Aktivitäten von afroamerikanischen Frauen gibt es, vor allem im Zusammenhang mit der Förderung von „Black Studies“ oder „African-American Studies“ an Universitäten und Hochschulen inzwischen gute Studien.

Die unter dem Begriff der Hispanics zusammengefasste Spanisch sprechende Minderheit, die in den letzten Präsidentschaftswahlen etwa zu zwei Drittel demokratische Kandidaten unterstützt hat und in einigen Bundesstaaten, wie in Kalifornien, Texas, und Neu Mexiko rund 30% aller Wähler ausmacht, zählt heute zu den von beiden Parteien stark umworbenen Wählergruppen. Im Vergleich zu früheren Wahlen lassen sich in dieser Gruppe ein deutlich gestiegenes Selbstbewusstsein und eine profilierte Selbstrepräsentanz in der Politik beobachten, wobei eines der Kernthemen die Problematik der illegalen Einwanderung bzw. die Besserstellung der im Land lebenden Migranten ist. Genderthemen sind für diese Gruppe bisher eher randständig; allerdings zeigte sich bei den Vorwahlen eine Solidarität und Unterstützung für Hillary Clinton (die u. a. Wahlwerbespots in spanischer Sprache geschaltet hatte). In den in mehreren Bundesstaaten gleichzeitig stattfindenden Vorwahlen am 4. März 2008 gewann Hillary Clinton die Stimmenmehrheit unter den Frauen aller Altersgruppen der Hispanics; das *Pew Hispanic Center* schreibt, dass Race und Gender zwei ausschlaggebende Kriterien bei der Wahl bildeten mit einem höheren Gewicht für die Geschlechterzugehörigkeit, wobei diejenigen, die angaben, dass das Geschlecht der Kandidatin eine Rolle spielt, Hillary Clinton ihre Stimme gaben (Minushkin/Lopez 2007).

Für die afroamerikanische Minderheit als historisch stark benachteiligter Gruppe stellt sich die Situation anders dar. Aufgrund ihrer historischen politischen und so-

zialen Ausgrenzung spielten Aktivitäten von afroamerikanischen Frauen in der institutionellen Bundes- und Einzelstaatlichen Politik zunächst kaum eine Rolle, und sie waren vor allem in kirchlich-karitativen und nicht-öffentlichen Bereichen engagiert. Dieses änderte sich nachhaltig durch die Bürgerrechtsbewegung, und sie sind heute wichtiger Bestandteil zivilgesellschaftlichen Engagements und der civic virtues. Durch verschiedene diskriminierende Regelungen, wie etwa die verspätete Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts durch den Voting Rights Act 1963, mangelnde finanzielle Ressourcen und rassistisch begründete Ausschlussmechanismen in Berufsvereinigen, Clubs und anderen Netzwerken, verzögerte sich die gesellschaftlich akzeptierte Selbstrepräsentanz erheblich. Hierdurch entstandene institutionelle Parallelstrukturen, beispielsweise bei Wohlfahrtsorganisationen, und eine Zurückhaltung der, mehrheitlich von weißen Mittelschichtfrauen getragenen, neuen Frauenbewegung gegenüber beförderten, wie etwa im Black Feminism, eigene Organisations- und Repräsentationsformen (z. B. Ludvig 2003). Konzeptionell konzentriert sich dabei die Debatte um die Wertigkeit der sich überschneidenden Gruppenidentitäten; Gender bildet eine Schicht dieser Identität, aber auch Race und Class werden Bedeutung beigemessen.[17] Die Konstruktion der Gender-Identität ist dabei durch die historischen Erfahrungen der Ausgrenzung und die konkreten Lebensumstände, aber in jüngerer Zeit auch durch vermehrte Bildungschancen, höhere Mobilität und partiell auch sozialen Aufstieg beeinflusst.

Anders als Bill Clinton, der verschiedentlich als „erster schwarzer Präsident" bezeichnet wurde, ist es Hillary Clinton jedoch nicht gelungen, die afroamerikanischen Wählerinnen in den Vorwahlen für sich zu gewinnen. Dies liegt vor allem an ihrem Gegenkandidaten Barack Obama. Sein Verdienst ist es, afroamerikanische Wählerinnen und Wähler in großem Umfang mobilisiert und für sich gewonnen zu haben. Allerdings versteht sich Obama nicht als „schwarzer Präsidentschaftskandidat". Seine Position ist vielmehr die eines Mittlers; Einigkeit zu stiften (unity) und Brücken zu bauen in einer Gesellschaft, die durch vielerlei Spaltungen geprägt ist, ist sein immer wieder vorgetragenes zentrales Anliegen (vgl. Obama 2007). Mit seiner politischen Programmatik, Spaltungen zu überwinden, die in den acht Jahren der Bush-Administration vertieft worden sind, und einen gesellschaftlichen Wandel (change) herbeizuführen, spricht er breite Wählerschichten an, vor allem auch weil die Vorstellung einer beständigen Erneuerungskraft der amerikanischen Gesellschaft hohen Symbolwert besitzt und ein immer wiederkehrender Topos in der Politik ist. Zugleich ist mit seiner Kandidatur erstmals wieder eine öffentliche Diskussion um die Rassenproblematik in den USA angestoßen worden, in der noch bestehende Defizite und Probleme breiter thematisiert werden.[18]

Die Kandidatur von Barack Obama stellte für Hillary Clinton eine zweifache Herausforderung dar, die eng mit der sich überkreuzenden Identität afroamerikanischer Frauen zusammenhängt. Zum einen führte die Mobilisierung von Erstwählern und -wählerinnen vor allem in der traditionell bei Wahlen eher zurückhaltenden Gruppe der Afroamerikaner, die seit den 1960er Jahren stets mehrheitlich für die Demokraten ge-

stimmt haben, bei den Vorwahlen zu einem Stimmenzuwachs für Obama. Für Frauen stellte Intersektionalität, d. h. die sich überkreuzende Identität von Race und Gender ein Entscheidungsdilemma dar, welches, wie die Vorwahlen zeigten, mehrheitlich zugunsten von Obama entschieden wurde. Zum zweiten gelang es Hillary Clinton nicht, in der mittleren und jüngeren Generation von Frauen eine überzeugende Alternative zu bieten. Eine historisch zwischen Afroamerikanern und Frauen gebildete politische Koalition, wie zur Zeit des Kampfes zur Abschaffung der Sklaverei Mitte des 19. Jahrhunderts und im Gefolge der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre, konnte es in der Vorwahl nicht geben, da die beiden Kandidaten, Hillary Clinton und Barack Obama, um die Nominierung zur Kandidatur in derselben Partei kämpften. Mit dieser einmaligen Konstellation stellte die Wahl 2008 ein Novum in der amerikanischen Geschichte dar.

## Anmerkungen

1 Eine detaillierte Darstellung der politischen Laufbahn von Hillary Clinton liefert beispielsweise die (nicht-autorisierte) Biografie des Journalisten Carl Bernstein (2007): A Woman in Charge. The Life of Hillary Rodham Clinton, New York.

2 Intersektionalität wird sowohl auf erkenntnistheoretischer, als auch auf analytischer, politisch-psychologischer und politisch-institutioneller Ebene diskutiert; dieser Zugang, der bereits im „Black Feminism" der 1970er Jahre thematisiert wurde, bezieht sich, vor allem angesichts der Heterogenität der amerikanischen Gesellschaft, in der die Kategorie Frauen keine homogene Gruppe bildet, auf die Überschneidungen von verschiedenen Ungleichheitsdimensionen, insbesondere diejenigen von „race, class, und gender" (Burns 2002).

3 http://www.cawp.rutgers.edu/Facts/Elections/GG2004Facts.pdf (27.1.2008).

4 http://www.cawp.rutgers.edu/Facts/Elections/GG2004Facts.pdf (27.1.2008).

5 http://www.gallup.com/poll/107806/Obama-Gains-Among-Women-After-Clinton_Exit.aspx (15.6.2008).

6 Zur Gleichstellungspolitik (affirmative action) vgl. insbesondere Angelika von Wahl (1999).

7 http://www.cawp.rutgers.edu/Facts/Officeholders/cong-current.html. (27.1.2008).

8 Der Einstellungswandel ist in verschiedenen empirischen Untersuchungen aufgezeigt worden. So berichtet Axel Murswieck unter Bezugnahme auf Studien zur öffentlichen Meinung: „Im Vergleich zu den 1930er- und 1940er-Jahren, als sich Amerika offen und nachdrücklich als rassistisch (anti-black), antikatholisch, antisemitisch, fremdenfeindlich und gegen eine Gleichberechtigung der Geschlechter porträtierte, hat sich in den 1980er-Jahren ein deutlicher Einstellungswandel manifestiert....1987 waren 82% bereit, eine Frau zur Präsidentin zu wählen." (Murswieck 2004, 602)

9 Vgl. http://www.emilyslist.org.

10 Der Begriff der neuen Frauenbewegung bezieht sich auf den Bewegungszyklus seit Ende der sechziger Jahre und grenzt diese von der früheren, „alten" Frauenbewegung zur Erkämpfung des Wahlrechts ab (vgl. Nelson/Carver 1994). – Zu amerikanischen sozialen Bewegungen vgl. auch Ruß (2007).

11 So vor allem in der US-Präsidentschaftswahl 2004 (vgl. Lemke 2005).

12 Ziel der konservativ-religiösen Bewegung, zu der heute auch Männergruppen gehören, ist die Rückkehr zu traditionellen, als republikanisch bezeichneten Tugenden und konservativen Lebensweisen, in denen Frauen dem Idealbild einer Bewahrerin von Familienwerten und gesellschaftskonformer Erziehung entsprechen, Männer, die sich in konservativen Männergruppen beispielsweise als „promise keepers" formieren, einem traditionellen Männlichkeitsideal verpflichtet sind, und die christlich-protestantische Religion im Kern des Weltbildes sowie der gesellschaftspolitischen Werte steht.

13 In Anlehnung an die im Süden symbolhafte Bedeutung von Magnolien werden diese Politikerinnen auch als „Steel Magnolias" (Stahl-Magnolien) bezeichnet. Sie teilen die Positionen konservativer Politiker und treten beispielsweise für Steuerkürzungen, ein starkes Militär sowie das Recht, Waffen zu tragen ein (vgl. Starr 2004).

14 http://www.cawp.rutgers.edu/Facts/ggapissues.pdf (19.3.2008)

15 Auch Hillary Clinton hatte die Reform des Gesundheitswesens im Vorwahlkampf zu einem Kernpunkt ihrer Agenda erklärt; ihre Kompetenz auf diesem Gebiet, die sie selbst immer wieder hervorhob, bleibt allerdings umstritten, weil ihr Reformprojekt in den 1990er Jahren, mit dem sie der damalige Präsident Bill Clinton beauftragte hatte, gescheitert war.

16 „Rasse" ist eine soziale Konstruktion und keine objektive analytische Kategorie; der Begriff wird hier entsprechend der Kategorisierung des US-Zensus aufgenommen, um die unterschiedliche Komposition der Bevölkerung zu erfassen.

17 Diese Konstellation spiegelt sich nicht nur in theoretischen Auseinandersetzungen wider, sondern auch in der „Black Women's Literature".

18 Die Rede von Barack Obama zur Rassenfrage, die er in Reaktion auf die umstrittenen Äußerungen seines ehemaligen Pastors verfasst hat, wurde öffentlich sehr beachtet (vgl. Obama 2008).

## Literatur

**Benhabib**, Seyla, 2002: „Political Theory and Political Membership in a Changing World". In: Katznelson, Ira/Milner, Helen V. (Hg.): Political Science. The State of the Discipline. New York, 404-432.

**Bernstein**, Carl, 2007: A Woman in Charge. The Life of Hillary Rodham Clinton. New York.

**Burns**, Nancy, 2002: „Gender: Public Opinion and Political Action". In: Katznelson, Ira/Milner, Helen V. (Hg.): Political Science. The State of the Discipline. New York, 462-487.

**Conover**, Pamela Johnston/**Gray**, Virginia, 1983: Feminism and the New Right. New York.

**Conover**, Pamela Johnston, 1988: „Feminists and the Gender Gap". Journal of American Politics. No. 50, 985-1010.

**Fraser**, Nancy, 1989: Unruly Practices. Power, Discourse and Gender in Contemporary Social Theory. University of Minnesota Press.

**Fraser**, Nancy, 1997: Justice Interruptus. New York/London.

**Fraser**, Nancy/**Honneth**, Axel, 2003: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt/M..

**Green**, John C., 2007: The Faith Factor: How Religion Influences American Elections.

**Hacker**, Andrew, 2003: Two Nations. Black and White, Separate, Hostile, Unequal. 5. Aufl.. New York.

**Kalberg**, Stephen, 2000: „Strukturierte Missverständnisse. Unterschiede der politischen Kultur in Amerika und Deutschland". In: Europa oder Amerika? Die Zukunft des Westens. Sonderheft Merkur. 54. Jg., 948-957.

**Kinzig**, Silke, 2007: Auf dem Weg zur Macht? Zur Unterrepräsentation von Frauen im deutschen und U.S.-amerikanischen Regierungssystem. Wiesbaden.

**Klausen**, Jytte/**Maier**, Charles S. (Hg.), 2001: Has Liberalism Failed Women? Assuring Equal Representation in Europe and the United States. New York.

**Klein**, Ethel, 1984: Gender Politics. Cambridge.

**Lemke**, Christiane, 2005: Amerikabilder: US-Politik zwischen Moralisierung und Macht. Münster.

**Lemke-Matwey**, Christine, 2008: Biologie der Bilder. Bedrohung, Hoffnung, Inszenierung: Warum wir uns immer noch so schwer tun mit den Frauen und der Macht. In: Der Tagesspiegel, 12. Januar 2008, S. 21.

**Ludvig**, Alice, 2003: „Kritische Interventionen des ‚Black Feminism' in Theorie und Praxis". In: Niekant, Renate/Schuchmann, Uta (Hg.): Feministische ErkenntnisProzesse. Opladen, 51-68.

**Mansbridge**, Jane J., 1986: Why we lost the ERA. Chicago.

**Marx Feree**, Myra, 1987: „Equality and Autonomy. Feminist Politics in the United States and West Germany". In: Katzenstein, Mary et al.: Women's Movements in the US and Western Europe. Philadelphia, 172-195.

**Minushkin**, Susan/**Lopez**, Mark Hugo, 2007: The Hispanic Vote in the 2008 Democratic Presidential Primaries"; http://pewhispanic.org/files/reports/86.pdf (14.5.2007)

**Murswieck**, Axel, 2004: „Gesellschaft". In: Lösche, Peter/von Löffelholz, Hans-Dietrich (Hg.): Länderbericht USA. Bonn, 594-697.

**Nelson**, Barbara J./**Carver**, Kathryn A., 1994: „Many Voices But Few Vehicles. The Consequences for Women of Weak Political Infrastructure in the United States". In: Nelson, B. et al.: Women and Politics World Wide. New Haven/London, 737-757.

**Niggemeier**, Stefan, 2008: „Plädoyer für die Zicke. Die Regeln der Medien sind grausam: Warum Obama nur gewinnen und Hillary Clinton nur verlieren kann". In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2. März 2008, S. 31.

**Obama**, Barack, 2007: Hoffnung wagen: Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream. München (engl. Audacity of Hope, 2006).

**Obama**, Barack, 2008: Barack Obama´s Speech on Race. Transcript, The New York Times, 18. März 2008, http://www.nytimes.com/2008/03/18/us/politics/18text-obama.htm (19.3.2008).

**Russ**, Sabine, 2007: „Neue soziale Bewegungen." In: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hg.): Regierungssystem der USA. 3. überarb. Aufl. München, 163-171.

**Schneider-Sliwa**, Rita, 2007: „Sozialstruktur." In: Jäger Wolfgang/Haas Christoph M./Welz, Wolfgang (Hg.): Regierungssystem der USA. 3. überarb. Aufl. München, 1-24.

**Scott**, Joan, 1988: Gender and the Politics of History. New York.

**Seelye,** Katharine Q./**Bosman**, Julie: „Media Charged with Sexism in Clinton Coverage". The New York Times, 13. Juni 2008, http://www.nytimes.com/2008/06/13/us/politics/13women.html (27.8.2008).

**Starr**, Alexandra, 2004: Dixie Chicks. In: Atlantic Monthly, Sept. 2004, 34-36.

**Wahl**, Angelika von, 1999: Gleichstellungsregime - Berufliche Gleichstellung von Frauen in der Bundesrepublik und den USA. Leverkusen.

**Weir**, Margret/**Orloff**, Ann Shola/**Skocpol**, Theda (Hg.), 1988: The Politics of Social Policy in the United States. Princeton NJ.